

Editorial

Terrainverluste der lateinamerikanischen Linksregierungen

Joachim Becker

Ende 2015 erlitt die südamerikanische Linke innerhalb weniger Woche mehrere schwere Rückschläge. Zunächst setzte sich in den argentinischen Stichwahlen am 22. November der rechte Kandidat, Mauricio Macri, knapp gegen den mehr als gemäßigten Mitte-Rechts-Kandidaten, Daniel Scioli, knapp mit 51,4% zu 48,6% durch. Es war das erste Mal, dass sich ein Kandidat der Rechten in freien Präsidentschaftswahlen in Argentinien durchsetzte (Cibeira 2015; vgl. auch Boos 2016). Deutlicher verlor das chavistische Lager in Venezuela am 6. Dezember die Parlamentswahlen gegen die stark von den USA unterstützte venezolanische Rechte, die sich in der Mesa de la Unidad Democrática (MUD) zusammengefunden hatte. Hier gewann die MUD, wenn man die drei Indígena-Abgeordneten einrechnet, genau 112 und damit zwei Drittel der Parlamentssitze. Bei drei der MUD-Kandidaten wie auch einem Kandidaten des chavistischen Partido Socialista Unido de Venezuela (PSUV) aus dem Bundesstaat Amazonas untersagte allerdings die Wahlkammer des Obersten Gerichtshofes wegen Verdachtes des Stimmenkaufs die Vereidigung (amerika21.de 2016). Diese Frage ist nicht banal, da eine Zweidrittelmehrheit der MUD sehr viel mehr Handhabe gegen die chavistische Regierung von Präsident Nicolás Maduro in die Hand geben würde. Stimmenmäßig lagen MUD und PSUV nicht ganz so dramatisch auseinander. Hier lautete das Verhältnis 53,1% zu 44,1% der Stimmen (Meza 2015). Trotzdem ist die Wahlniederlage des Chavismo eindeutig. Sowohl in Argentinien wie auch in Venezuela verloren die linksorientierten Kräfte vor allem in den großen Metropolen.

Zwischen diesen beiden Ereignissen lag die Eröffnung eines Amtsenthebungsverfahrens gegen die brasilianische Präsidentin, Dilma Rousseff. Hier hatte die Kandidatin des Partido dos Trabalhadores (PT) die letzten Präsidentschaftswahlen noch knapp für sich entscheiden können. Die rechten Kräfte waren allerdings aus den gleichzeitigen Parlamentswahlen gestärkt hervorgegangen. Die Rechte, deren soziale Kerngruppe stark internationalisierte Kapitalgruppen (v.a. im Finanzbereich) und die obere Mittelschicht bilden, die aber ihre WählerInnen auch in Teilen der Arbeiterschaft findet (Saad-Filho/Boito 2015: 222 f.), hatte sich nie mit der damaligen Niederlage in den Präsidentschaftswahlen abgefunden. Die wichtigste Koalitionspartei des PT, der programmatisch extrem diffuse, von Mitte-Links bis weit nach rechts reichende Partido do Movimento Democrático Brasileiro (PMDB), hat sich faktisch in einen die Regierung stützenden Teil und einen oppositionellen Teil gespalten. Ein Vertreter von letzterem, der stark unter Korruptionsverdacht stehende Parlamentspräsident Eduardo Cunha, leitete unter fadenscheinigen Begründungen das Amtsenthebungsverfahren gegen die Präsidentin ein. Das Verfahren hat eindeutig politischen Charakter und wird von Beobachtern als Einleitung eines „weichen Putsches“ (Nepumoceno 2015: 20 f.) gewertet. Ein Erfolg des Amtsenthebungsverfahrens gilt als fraglich. Allerdings vertieft das Verfahren die bereits erkennbare Lähmung der Regierung angesichts einer sich vertiefenden Rezession. Nachdem die Präsidentin in der letzten Zeit gegenüber der politischen Rechten zahlreiche Konzessionen gemacht hatte, reagierte sie auf die Zuspitzung des Konfliktes mit einigen vorsichtigen Schritten nach

links und in Richtung auf die soziale Basis des PT: Sie ersetzte den neo-liberal orientierten, dem Finanzsektor sehr nahestehenden Finanzminister Joaquim Levy durch den eher entwicklungskeynesianisch orientierten Nelson Barbosa. Außerdem wurde der Mindestlohn – in Fortschreibung früherer Politik – zum 1. Jänner 2016 erhöht (Passos 2016).

Während sich in Brasilien unmittelbar eine politische Lähmung, ein Verschleiß des PT und sich weiter verstärkende politische Polarisierung abzeichnen, scheint die derzeitige Konjunktur nach den Wahlen in Venezuela und Argentinien durch Konstellationen der „Doppelmacht“ (Becker 2015) gekennzeichnet: Einem linken Präsidenten steht in Venezuela eine starke rechte Parlamentsmehrheit gegenüber, während sich in Argentinien der rechte Präsident einer (instabilen) Mitte-Links-Mehrheit im Parlament gegenüber sieht. In Venezuela deutet vieles auf eine offene Konfrontation hin. Hier kündigte ein Koordinator des MUD, Freddy Guevara, bereits kurz nach den Wahlen an, aus der Nationalversammlung heraus innerhalb „einer relativen kurzen Zeit“ einen „Regierungswechsel“ vorantreiben zu wollen (zit. nach de Marco 2015). Als eine Option gilt hierbei ein „referendum revocatorio“, also eine Abstimmung über eine vorzeitige Abwahl des Präsidenten. Dies ist eine Option, welche die chavistische Verfassung von 1999 vorsieht. Das MUD würde über wesentlich breitete Handlungsoptionen, wie Referenden, Absetzung von RichterInnen des Obersten Gerichtshofes, der Wahlbehörde etc., verfügen, wenn sie tatsächlich über Zweidrittel der Parlamentsabgeordneten disponierte. Auf die Infragestellung von drei Mandaten durch die Justiz reagierten Oppositionsvertreter extrem aggressiv. In Venezuela stehen die Zeichen auf einer offenen Konfrontation zwischen dem Chavismus und einer rechten Opposition, die putschistische Traditionen hat.

In Argentinien nutzt der neue Präsident, Mauricio Macri, maximal die Spielräume, die ihm das Amt bietet, und regiert per Dekret, soweit wie möglich, am Parlament vorbei. Die Parlamentspause im argentinischen Sommer hat er zu einer exzessiven Nutzung von Präsidialdekretten genutzt. Die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik kommt bereits im Kabinett Macris deutlich zum Ausdruck. Die Frankfurter Allgemeine spricht von einer „Regierung der Manager“ und hebt lobend hervor: „Shell, General Motors, IBM, J.P. Morgan, Deutsche Bank, Lan – die Liste der Unternehmen, aus denen die meisten Minister und leitenden Mitarbeiter Macris kommen, liest sich wie ein ‚Who is who‘ der Wirtschaft.“ (FAZ 2016). Präziser liest sie sich wie eine Liste des Auslandskapitals. Macris Wirtschaftspolitik bricht klar mit dem Versuch der industriellen Importsubstitution des Kirchnerismus und setzt einseitig auf die Interessen des Agro-Business. Zu seinen ersten Maßnahmen gehörte die Eliminierung der Exportsteuern für Agrarprodukte (mit Ausnahme von Soja, wo der Steuersatz gemindert wurde). Weiters schaffte er die Devisenkontrollen ab und ließ eine starke Abwertung des argentinischen Peso zu. Für die Abschaffung des Devisenkontrollen, die der dollarbesessenen Mittelschicht und den Unternehmen ein besonders Anliegen gewesen war, verschuldete sich Argentinien zusätzlich im Ausland. Im Konflikt über die Auslandsschulden will die argentinische Regierung den „Geierfonds“, die sich einer Schuldenreduktion verweigert und mit Erfolg vor einem US-Gericht geklagt hatten, weit entgegenkommen, womit allerdings die Resultate der zwischen der Mitte-Links-Regierung und den anderen Gläubigern ausgehandelten Schuldenminderung in Frage gestellt sind (vgl. zur Wirtschaftspolitik die Zusammenfassung von Rebossio 2016). Ergänzt wird diese Orientierung durch eine aggressive Freihandelspolitik und außenpolitisch eine enge Anlehnung an die USA (Vázquez 2015). Damit setzt Macri auf das traditionelle Modell untergeordneter Integration in die internationale Ökonomie. Verteilungspolitisch bedeutet dies eine Tendenz zu einer erneuten Einkommenskonzentration. Die absehbare

De-Industrialisierung wird die Löhne unter Druck setzen. Die starke Abwertung wird den De-Industrialisierungsprozess zwar etwas abbremsen, kann aber für sich alleine die sonst anti-industriell ausgerichtete Politik nicht konterkarieren. In Verbindung mit restriktiven wirtschaftspolitischen Maßnahmen wird die Abwertung die Reallöhne erodieren. Mit der Regierung im Rücken haben die Unternehmer bereits eine Politik der Lohnsenkungen angefügt. Erste Massenentlassungen sind ebenfalls schon erfolgt. Konflikte mit den Gewerkschaften deuten sich an. Auf erste Proteste reagierte die Regierung mit Repressionsmaßnahmen. In sozialpolitischen Fragen hat Macri sich defensiver als in anderen Feldern gezeigt, zu erwarten ist allerdings eine verstärkte Privatisierung der sozialen Infrastruktur (vgl. Bustos 2015, Boos 2016: 12). Um den rechten Meinungen zu seiner Politik auch medial noch größeren Raum zu geben, war eine der ersten Initiativen Macris, die gesetzlichen Regelungen zur Dekonzentration im Mediensektor zu konterkarieren und den alten Medienmonopolen, wie der Clarín-Gruppe, in ihrer alten Dominanz zu restaurieren (vgl. Pertot 2016, zum Hintergrund Daniljuk 2015). Die ersten Initiativen der Regierung Macri deuten die Richtung an, in welche die lateinamerikanischen Rechten gehen wollen. Der Chef-Redakteur der Argentinien-Ausgabe von *Le Monde Diplomatique*, José Natanson (2016: 3), charakterisiert die neue lateinamerikanische Rechte als „demokratisch, postliberal und ein bisschen sozial“. Deren Regierungspraxis zeigt bereits in den ersten Wochen ein anderes Bild: autoritäre Tendenzen (Regierung per Dekret, Missachtung von Gerichtsurteilen, Repression gegen soziale Proteste), wirtschaftlicher Neo-Liberalismus sowie zwar Zurückhaltung in Fragen der Sozialtransfers, dafür aber aktive Lohnsenkungspolitik.

Die Rückschläge und, partiell, Wahlniederlagen der linksorientierten Kräfte in Argentinien, Brasilien und Venezuela kamen nicht aus heiterem Himmel. Bereits zuvor war eine Erosion des Progresismo – unter diesem Überbegriff werden die Links- und Mitte-Links-Regierungen in Lateinamerika zusammengefasst – erkennbar. Daher hat auch schon vor einiger Zeit eine Debatte über ein mögliches Ende des (progressiven) Zyklus in Lateinamerika begonnen, die bislang im deutschen Sprachraum nur zaghaft aufgegriffen worden ist (u.a. von Boris et al. 2015). Präziser als vom Ende eines progressiven Zyklus, der Ende der 1990er Jahre begann, zu sprechen, wäre eine gewisse Erschöpfung der linksorientierten Projekte und von deren Protagonismus zu diagnostizieren.

Für einen Teil der lateinamerikanischen Linksintellektuellen, wie zum Beispiel Emir Sader, ist die Diagnose einer Erschöpfung der bisherigen Linksprojekte Ausdruck von Defaitismus. Schwierigkeit für die regierenden (Mitte-)Linkskräfte räumt zwar auch Sader ein, doch sieht er grundlegende Kritik als einen Schlag gegen die Linke. Zwar sieht Sader (2016) die Notwendigkeit einer Vertiefung der linken Projekte, doch bleibt er dabei bei einer Orientierung auf einen Anti-Neoliberalismus stehen. Sein Diktum ist: „Die Linke des XXI. Jahrhunderts ist anti-neoliberal.“ (Sader 2016)

Andere TeilnehmerInnen in dieser Debatte sehen grundlegendere Grenzen der bisherigen Projekte des regierenden Progresismo in Lateinamerika und thematisieren auch die Notwendigkeit über einen als „anti-neoliberal“ charakterisierten Minimalkonsens hinaus zu gehen. In dieser Debatte geht es darum zu verstehen, warum die soziale Basis des Progresismo trotz der unbestreitbaren Besserung der materiellen Verhältnisse großer Bevölkerungsgruppen und zumindest einer Abschwächung der extremen sozialen Ungleichheit (vgl. die Bilanz bei Boris 2014) zuletzt erodiert ist. Es stellt sich auf die Frage, inwieweit die positiven Veränderungen Erwartungen geschaffen und teils auch neue Engpässe (z.B. bei der öffentlichen Infrastruktur) hervorgerufen haben, bei denen sich der Progresismo mit Antworten schwer tut. Aus dem breiten Spektrum von Positionen werden in dieser

Nummer das Kurswechsels zwei Positionen vorgestellt: Einerseits eine kritisch polit-ökonomische Sicht, die auf eine Veränderung des Entwicklungsmodells zielt. Aus dieser Sicht stellt Dieter Boris einige Thesen zu den Grenzen, Problemen und Schwächen der Konzeptionen und Praxis der regierenden lateinamerikanischen Linken und möglichen vorwärtsweisenden Schritten zur Diskussion. Bernhard Leubolt und Victor Strazzeri setzen sich aus einer solchen Sicht speziell mit dem Fall Brasilien auseinander, dem aus einer gesamt-lateinamerikanischen Perspektive besondere Bedeutung zukommt. Andererseits legt der uruguayische Sozialwissenschaftler Eduardo Gudynas aus einer egalitär-ökologischen Perspektive, die sich von Entwicklungsparadigmen verabschiedet hat, eine Kritik der progressiven Entwicklungsmodelle dar.

In den Akzentsetzungen der Diagnose von Grenzen der linken Regierungsprojekte, den Handlungsspielräumen der progressiven Regierungen und gerade auch den möglichen Strategien zur Überwindung der bisherigen Begrenzungen gehen die beiden Positionen deutlich auseinander. In einem zentralen Punkt gibt es in der Diagnose allerdings eine Konvergenz: Die unzureichende Veränderungen der Produktionsstrukturen. Die Überwindung der beträchtlichen, wenn auch zwischen den lateinamerikanischen Ländern deutlich variierenden Abhängigkeit vom Rohstoffexport war unzureichend und ist zum Teil auch nicht einmal angegangen worden. Darin besteht ein erhebliches Maß an Kontinuität mit den Entwicklungsmustern seit der Unabhängigkeit (vgl. Bértola/Ocampo 2013: 16). Die Abhängigkeit vom Rohstoffexport bedeutet beträchtliche externe Verwundbarkeit, wengleich diese in anderen Bereichen, v.a. bei der finanziellen Verwundbarkeit, zumindest von einem Teil der linksorientierten Regierungen abgemildert werden konnten (vgl. *ibid*: 320 f.). Diese ist mit dem starken Rückgang der Rohstoffpreise schlagend geworden. Allerdings gibt es im Hinblick auf die unzureichende Veränderung der Produktionsstrukturen unterschiedliche Akzentsetzungen. Eduardo Gudynas stellt wie andere VertreterInnen der These des Neo-Extraktivismus sehr stark auf die direkten Wirkungen der Rohstoffabhängigkeit ab und sieht Formen des Extraktivismus für den gesamten Subkontinent als das prägende Element der Entwicklungsmodelle (vgl. auch Gudynas 2015). Für die Ökonomien mit einem höheren Industrialisierungsgrad und eine relativ stark entfalteten Finanzsektor, wie Argentinien, Brasilien und Uruguay, sind zwar Rohstoffe das tragende Element der Exporte, aber die wirtschaftliche Dynamik ist auch stark durch andere Wirtschaftssektoren geprägt. Diese haben auch für die Formulierung der Wirtschaftspolitik Relevanz. Speziell in der brasilianischen Diskussion wird eher auf das starke, verbleibende Gewicht der Finanzinteressen, deren starken Einfluss auf wirtschaftspolitische Schlüsselvariablen (Zinsen, Wechselkurse etc.) und die hiervon ausgehenden Restriktionen für die binnenorientierte (Re-)Industrialisierungspolitik der Regierungen Lula und Dilma verwiesen (vgl. z.B. Saad-Filho/Boito 2015). Aus einer solchen Sicht geht für eine relativ stark industrialisierte Ökonomie von der starken Rohstoffdominanz bei einem Verfall der Rohstoffpreise primär eine Verschärfung der externen Restriktion aus.

Eine starke Außenorientierung und externe Vulnerabilität findet ihren Ausdruck vielfach auch in der starken Orientierung auf den US-Dollar und dem Verlangen nach – möglichst billigen – Importprodukten. Diese Orientierungen sind durchaus auch in der WählerInnenbasis der (Mitte-)Links-Kräfte zu finden. Und die Wahlsiege der Rechten in Argentinien und Venezuela hängen nicht zuletzt mit dem Verlangen – speziell der Mittelschichten – nach einem ungehinderten Zugang zum US-Dollar zusammen (Becker 2016).

Aus einer solchen Kerndiagnose würde allerdings folgen, dass eine Veränderung der wirtschaftlichen Strukturen, gerade auch der Produktionsstrukturen, eine zentrale Aufga-

be für die Linken wäre. Diese Frage weist weit über den lateinamerikanischen Sub-Kontinent hinaus. Dies ist zwar ein zentraler, aber nicht der einzige Bereich, in dem Strategie-Veränderungen notwendig erscheinen.

Literatur

- Amerika21.de (2016) Opposition übergeht Justiz und ruft Armee zum Aufstand auf. In: *amerika21.de*, 3.1. (<https://amerika21.de/2016/01/140398/venezuela-wahlen-opposition>, abgerufen 4.1.2016).
- Becker, Joachim (2016) Die Linke Lateinamerikas im Abschwung. In: *Weltwirtschaft und Entwicklung*, 9.1.2016 (www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org; abgerufen: 11.1.2016).
- Bértola, Luis/Ocampo, José Antonio (2013) *El desarrollo económico de América Latina desde la Independencia*. México, D.F.
- Boos, Tobias (2016) Argentinien oder Vorwärts in die Vergangenheit. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 61(1), 9–12.
- Boris, Dieter (2014) *Bolívars Erben. Linksregierungen in Lateinamerika*. Köln.
- Boris, Dieter/Wahl, Achim/Schützhofer, Timm (2015) *Lateinamerika: Defensive der Linksregierungen? Supplement der Zeitschrift Sozialismus 12/2015*.
- Bustos, Juan Martín (2015) *La agenda social*. In: *Le Monde diplomatique*, Edición Con Sur, 17 (197), 8–9.
- Cibeira, Fernando (2015) Los globos amarillos llegaron a la Rosada. In: *Página/12*, 23.11. (www.pagina12.com.ar/imprimir/diario/elpais/1-286740-2015-11-23.html; abgerufen: 23.11.2015).
- Daniljuk, Malte (2015) Die Medienpolitik der lateinamerikanischen Linksregierungen. In: *Kurswechsel*, Nr. 3, 50–58.
- de Marco, Juan Pablo (2015) „No le tememos a Maduro“. In: *El País* (Montevideo), 14.12. (www.elpais.com.uy/mundo/oposicion-advierte-amenazas-nicolas-maduro.html, abgerufen: 14.12.2015).
- FAZ (2016) Die Regierung der Manager. In: *Frankfurter Allgemeine*, 7.1.2016, 17.
- Gudynas, Eduardo (2015) *Extractivismos. Ecología, economía y política de un modo de entender el desarrollo y la Naturaleza*. Cochabamba.
- Meza, A. (2015) La oposición consiguió más escaños gracias al sistema electoral chavista. In: *El País* (Madrid), 9.12. (www.elpais.com, abgerufen: 9.12.2015).
- Natanson, José (2016) Die neue Recht in Lateinamerika. In: *Le Monde diplomatique*, Deutsche Ausgabe, Januar 2016, 3.
- Nepumoceno, Eric (2015) Cunha puso en marcha un golpe blando en contra de Dilma. In: *Página/12*, 3.12., 20–21.
- Passos, Naija (2016) O novo salário mínimo e o fim da Era Levy. In: *Carta Maior*, 3.1. (www.carta-maior.com.br; abgerufen: 4.1.2016).
- Pertot, Werner (2016) Para que los medios queden en pocas manos. In: *Página/12*, 5.1. (www.pagina12.com.ar/imprimir/diario/elpais/1-289603-2016-01-05.html; abgerufen: 5.1.2016).
- Rebossio, Alejandro (2016) Macri da un giro a la economía argentina al inicio de su mandato. In: *El País* (Madrid), 4.1. (http://economia.elpais.com/economia/2016/01/03/actualidad/1451844131_791507.html; abgerufen 4.1.2016).
- Saad-Filho, Alfredo/Boito, Armando (2015) Brazil: The failure of the PT and the new right. In: Panitch, Leo/Albo, Greg (Hg.): *Socialist Register 2016. The Politics of the Right*. London u.a.O., 213–230.
- Sader, Emir (2015) La crisis del pensamiento crítico latinoamericano. In: *Página/12*, 4.11. (www.pagina12.com.ar/imprimir/diario/elmundo/4-285344-2015-11-014.html; abgerufen: 4.11.2015).
- Sader, Emir (2016) La izquierda del siglo XXI es antineoliberal. In: *Rebelión*, 5.1. (www.rebelion.org/noticia.php?id=207470; abgerufen: 5.1.2016).
- Vázquez, Federico (2015) El mundo según PRO. In: *Le Monde diplomatique*, Edición Cono Sur, 17(198), 6–7.